über 15,000, nach anderen Berichten sogar 30,000 Menschen auf einmal ihre Heimat. Ueber die Hälfte stammte aus der alten Kurpfalz, aber auch Darmstadt und Hanau stellten dazu fast 3500 Köpfe. Der eigentliche Grund zu diesem gewaltigen Exodus, der sich mit dem Auszug der Kinder Israels aus Aegypten vergleichen läßt, ist bis jetzt noch nicht geklärt. Wie eine Epidemie kam das Auswanderungsfieber über die Leute. Im Frühjahr 1709 begann der gewaltige Auszug. Schar auf Schar wälzte sich gleich einem Strom rheinabwärts nach Rotterdam, wo bereits im Mai Tausende auf ihre Weiterbeförderung nach England warteten. Ihr nächstes Ziel war London; von dort aus hoffte man, nach den englischen Kolonien in Amerika weiter zu kommen. Aber die gewaltige Menschenflut war für das damalige London zu groß. Infolge ungenügender Verpflegung und Unterkunft wurden durch Krankheiten nicht weniger als 6000 dahingerafft, 3000 wurden in Irland angesiedelt, und nur 4000 erreichten tatsächlich Amerika. Der Rest verteilte sich in England oder wurde wieder nach der Heimat abgeschoben. Das war der traurige Ausgang dieser mit großen Hoffnungen unternommenen Fahrt." — Eine ähnliche Auswanderung nach Amerika fand übrigens von derselben Gegend aus wochenlang in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts statt. Damals gestaltete sich das Los der Auswanderer entschieden günstiger. Vielen gelang es, in der neuen Welt eine gute Existenz zu erringen, nicht wenige brachten es sogar zu größeren Reichtümern. Noch heute sind die meisten Deutsch-Amerikaner oberrheinischer Herkunft.

Der Kampf um die Nachlasssteuer.

Zur Reichsfinanzreform und insbesondere zum Kampf um die Nachlaßsteuer äußert sich nun auch Hans Delbrück in den „Preuß. Jahrbüchern". Er hält die praktischen Schwierigkeiten, die sich einer Reichsvermögenssteuer entgegenstellen, für fast unüberwindlich und meint, man werde doch wohl wieder auf die Nachlaßsteuer als die zwar nicht allein mögliche, aber doch praktisch beste Form der Vermögensbesteuerung zurückkommen müssen. Dann fährt er fort:

Die Einwände ethischer und gemütlicher Art, die man dagegen erhoben hat, sind völlig gegenstandslos und durch die Erbschaftssteuern, die in deutschen Einzelstaaten bereits bestehen, auch praktisch widerlegt, und daß in irgendeiner Form neben den indirekten Steuern, die die Massen belasten, auch eine Heranziehung des Besitzes stattfinden solle, war von Anfang an unter den Blockparteien abgemacht. Weshalb also widersetzt sich jetzt ein Teil dieser Parteien, die doch im Prinzip gewiß die Reform wünschen, dieser einfachsten und natürlichsten Lösung? Als man an das Problem dieser Finanzreform herantrat, durfte man glauben, gerade an dieser Stelle den geringsten Schwierigkeiten zu begegnen, da man ja auf der einen Seite sogar die Sozialdemokraten dafür haben konnte und auf der anderen die Organe des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung" und das „Politische Handbuch" des Bundes sich für diese Steuerform ausgesprochen hatten. Gerade der Bund der Landwirte aber hat sich jetzt zum Mittelpunkt des Widerstandes gemacht, und das ist nicht so ganz unnatürlich. Der Bund der Landwirte ist ein demagogisches Institut, und die Führer jeder Demagogie müssen ihr Bestreben immer darauf gerichtet haben, ihre Massen durch Anregung einer Leidenschaft oder eines materiellen Interesses zusammenzuhalten. Die Reichssteuerreform ist von vornherein darauf angelegt, die agrarischen Interessen nach Möglichkeit zu schonen, aber den Führern des Bundes der Landwirte darf das nicht genügen. So wie ihnen bei den neuen Handelsverträgen die ungeheure Erhöhung der Agrarzölle noch immer nicht genügte, sondern sie aufs äußerste dagegen kämpften, um bei ihren Anhängern den Schein zu erwecken, als ob noch mehr zu erlangen möglich gewesen wäre, so fanden sie jetzt den Punkt, wo die Interessenopposition einzusetzen hatte, in der Nachlaßsteuer heraus, um von der Landwirtschaft auch diese minimale Last abzuwenden. Man denke: die Steuer beginnt überhaupt erst bei Nachlassen über 20,000 Mark, und ein Gut zu 180,000 Mark wird nicht mehr als einer Steuer von 264 Mark 89 Pfennig auf 20 Jahre belastet. Aber nicht umsonst ist der „Bund" einst gegründet worden mit dem Ruf, sich an der Sozialdemokratie ein Beispiel zu nehmen, und in jeder Klassen- oder Berufsorganisation haben die wildesten Radikalen, die für das Standesinteresse die höchsten Forderungen stellen, stets die Führung.

So spricht ein Mann, über dessen doch sicher konservative Grundrichtung man kaum im Zweifel sein kann. Delbrück findet nun aber die Vorteile einer nur einmal, beim Todesfall, festzustellenden Nachlaßsteuer, die dann bei Grundbesitz auf Wunsch der Erben in eine jährlich zu zahlende Rente umgewandelt werden kann, so augenscheinlich, daß nach seiner Meinung selbst das demagogische Bedürfnis der Führer des Bundes der Landwirte nicht ganz ausreiche, um die Opposition zu erklären. Die Lösung des Rätsels findet vielmehr, gleich uns, auch Delbrück in der jetzigen ungenügenden Einschätzung des Vermögens, die bei Einführung einer allgemeinen Nachlaßsteuer offenkundig zutage treten müsse. Unter Berufung auf Steinmann-Buchers jüngst auch von uns besprochene Broschüre kommt Delbrück zu dem Schluß, daß das Privatvermögen in Preußen selbst bei weitgehenden Reduktionen auf mindestens 166 Milliarden geschätzt werden müsse, während die Steuerdeclaration nur etwa 100 Milliarden (91,6 Milliarden zur Ergänzungssteuer veranlagt und rund neun Milliarden unter 6000 Mark) ergebe. Die Unterdeklarationen nun, die nach alledem offenbar viel weiter verbreitet sind, als man bisher angenommen und zugegeben hat, glaubt Delbrück in besonders hohem Maße gerade bei den Landwirten annehmen zu dürfen.

„Die Unterdeklarationen haben bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden insofern eine gewisse Grenze, als sie nicht den Kredit schädigen dürfen; man nimmt sogar an, daß hier und da ein Geschäftsmann wohl sein Vermögen zu hoch angibt, in der Hoffnung, daß von dieser Deklaration etwas rückhaar und dadurch sein Kredit gehoben werde. Aber diese Methode der Kreditverbesserung ist doch zu kostspielig, um häufig zu sein, und sie entfällt völlig bei den Landwirten. Bei diesen spielt ihre Vermögensdeklaration für den Kredit keinerlei Rolle; er hängt von ganz anderen Umständen ab. Jeder Nachbar ist imstande, ebensowohl sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Landgutes zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftstüchtigkeit des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, wer sein Einkommen und sein Vermögen hoch deklariert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch schärfer herangezogen werden zu können. Mir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus dem Kreise von Guts- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihren Nachprüfungen milde, denn an ihrer Spitze steht der Landrat, und der Landrat ist durch Rücksichten der Politik wie der Karriere gezwungen, es mit seinem Kreise, das heißt den Grundbesitzern nicht zu verderben.

Versteht man nunmehr, weshalb man in gewissen Kreisen und namentlich in agrarischen findet, daß die Nachlaßsteuer die Heiligkeit des Familienlebens antaste? Es ist ja nicht bloß der materielle Verlust, der entsteht, wenn bei der Schätzung des Nachlasses durch den Reichssteuerinspektor herauskommt, um wieviel das Einkommen der Vermögen bisher zu gering deklariert worden ist, sondern es ist auch, ganz ohne Ironie gesprochen, moralisch peinlich für die Hinterbliebenen, so gegen den Erblasser, den Vater oder die Mutter, als Zeugen angerufen zu werden.

Der öffentlichen Meinung aber kann die Tatsache, daß die besitzenden Klassen in Preußen statt etwa 155 Milliarden nur 91,658 versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.

Vielleicht wäre es leichter, die Nachlaßsteuer im Reichstag durchzubringen, wenn man eine Klausel einfügte, daß die letzte Steuerdeklaration des Erblassers auch für die Nachlaßsteuer maßgebend sein soll, oder wenigstens daß, wenn irgendeine andere Schätzung eintritt, der Fiskus aus ihr ein Recht auf eine Nachforderung in der Vermögenssteuer nicht ableiten darf."

Für den Fall indessen, daß trotz alledem die Nachlaßsteuer bereits als definitiv gefallen angesehen werden müsse und man sich über irgendeinen verbesserten Maßstab für die Matrikularbeiträge einigen werde — so schließt Delbrück seine sehr bemerkenswerten und voraussichtlich Aufsehen erregenden Betrachtungen — für diesen Fall müsse zum wenigsten von den Freisinnigen erwartet werden, daß sie unbedingt auf der ausschließlichen Heranziehung des Vermögens (nicht auch des Einkommens) für die Aufbringung dieser veredelten Matrikularbeiträge bestehen.

Kaisermanöver.

Auf Preßangriffe gegen die Ausdehnung der diesjährigen Kaisermanöver und insbesondere gegen die Teilnahme der bayerischen Armee daran erklärt einem Privat-Telegramm zufolge heute das bayerische Kriegsministerium eine längere Erklärung, in der die Notwendigkeit der Ausdehnung der Manöver zu begründen versucht wird. Es heißt darin:

Je mehr die Manöver den Verhältnissen des großen Krieges entsprechen, desto sicherer und direkter ist ihr Nutzen. Die Armeeführer kämen nur dann zur Tätigkeit, wenn bei großen Manövern auf jeder Seite mindestens zwei Armeekorps und eine Kavalleriedivision zusammengezogen seien. Nichts zeuge von geringerem Sachverständnis als die Behauptung, daß der Wert großer Manöver von erfahrenen und sachkundigen Offizieren bestritten werde, daß sie als kostspielige Spiele anzusehen seien. Die ganz unentbehrliche Uebung der Führer könne unterbleiben, „weil die Kosten zu große sind!" Könne dieser Grund für unsere Heeresverwaltung maßgebend sein? Diese die Schlagfertigkeit unseres Heeres, die kriegsmäßige Ausbildung davon abhängig gemacht werden? Niemand werde es im Hinblick auf unsere geographische und politische Lage gerechtfertigt finden, die Sparsamkeit zu weit zu treiben, daß wesentliche Grundlagen unserer Schlagfertigkeit berührt werden. Das Geld, das hier ausgegeben werde, sei wahrlich gut angelegt; ein Sparen hier wäre Verrat am Vaterlande, wäre bedingungswerte Kurzsichtigkeit. Der Angeklagte dazu sei zudem so schrecklich als möglich gewählt. Von „enormen Budgetüberschreitungen" aus Anlaß der großen Manöver könne aber gar nicht die Rede sein. Gespart werde auch hier, soweit dies mit den angestrebten Zielen vereinbar sei, so zum Beispiel durch den Wegfall der Paraden und Verkürzung der fortwährenden kleinen Uebungen. „Nicht allein militärische Schauspiele sollen und wollen dabei dem In- und Auslande vorgeführt werden, wie man gern glauben machen möchte, nein im Gegenteil, nichts in unserer ganzen Ausbildung ist ernster, ist wichtiger und ist mehr auf die Kriegsvorbereitung zuschnitten als die „großen Manöver".

Die bayerische Presse setzt trotz dieser offiziösen Beschwichtigung ihre Kritik an den Manöverplänen fort, und da sich auch die Zentrumspresse hervorragend daran beteiligt, wird der bei der Mehrheitspartei des Landtages ohnedies nicht sonderlich beliebte Kriegsminister Freiherr v. Horn bei Wiederzusammentritt des Landtages scharfe Angriffe zu gewärtigen haben. Allerdings — sind dann die Manöver schon vorüber.

Der erste deutsche Linienschiffskreuzer.

Von marinetechnischer Seite wird uns geschrieben:

Die Werft von Blohm u. Voß in Hamburg erhielt im September 1907 den Auftrag zum Bau eines ersten Linienschiffskreuzers für die Flotte. Nachdem die Werft an dem Schiffskörper gegen achtzehn Monate gearbeitet hat, kann der Neubau jetzt im März dieses Jahres zu Wasser gelassen werden. Gerade der Bau dieses Schiffes leitet für die Gattung der deutschen Panzerkreuzer eine neue Bauperiode ein. Denn wie der Bau des „Dreadnought" in England alle größeren Marinen gezwungen hat, die Größe und Kampfkraft der Linienschiffe zu steigern, so müßte dem von England gegebenen Beispiel auch bei dem Bau der großen Kreuzer in der Tat Fragen gefolgt werden; und das erste greifbare Resultat ist jetzt der zum Ablauf bereitstehende Panzerkreuzer F auf der Hamburger Werft, der in seinen Eigenschaften nur noch als schnelles Linienschiff bezeichnet werden kann.

Seitdem man nach dem Flottengesetz in unserer Marine den Bau von Panzerkreuzern betreibt, hat fortgesetzt eine Steigerung des Deplacements stattgefunden. Der „Prinz Heinrich", als Neubau „A" nach dem Gesetz, hat nur eine Wasserverdrängung von 8900 Tonnen; es folgten dann im „Prinz Adalbert" und „Friedrich Karl" Schiffe mit 9000 Tons; „Roon" und „Yorck" als fernere Neubauten erhielten 9500, und bei „Gneisenau" und „Scharnhorst" wurde die Wasserverdrängung auf 11,600 Tons gesteigert. Den Uebergang zu den Linienschiffskreuzern machte endlich der „Blücher" mit einer annähernden Wasserverdrängung von 15,000 Tonnen, den gegen den Herbst dieses Jahres die Kieler Marinewerft zur Ablieferung zu bringen haben wird. Eine weitere Deplacementssteigerung wird jetzt der Neubau „F" aufweisen, über den bestimmte Angaben noch nicht zu machen sind.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin bezeichnet dieser erste deutsche Linienschiffskreuzer einen Abschnitt in der Schiffbauentwickelung der großen Flottenbauten. Nach den günstigen Erfahrungen der mit Turbinenmaschinen ausgerüsteten kleinen Kreuzerneubauten gibt man auch fortan in unserer Flotte jetzt den großen Kreuzern (Linienschiffskreuzern) nicht mehr wie bisher den Antrieb durch eine Kolbenmaschinenanlage. Und das jetzt zum Stapellauf bereitstehende Schiff wird der erste große deutsche Flottenbau sein, der eine Turbinenmaschinenanlage erhält. Wie bei dem kleinen Kreuzer „Dresden", den gleichfalls die Werft von Blohm u. Voß gebaut hat, wird die Werft auch die Turbinen für den Linienschiffskreuzer in ihren eigenen Betrieben bauen.

Die weitere Fertigstellung des Schiffes wird die Werft noch dieses und das nächste Jahr über in Anspruch nehmen. Jedenfalls wird mit der ersten Frontdienstaufnahme dieses ersten Linienschiffskreuzers nicht vor dem Jahre 1911 zu rechnen sein; zunächst findet eine Vermehrung an großen Kreuzern durch den „Blücher" statt.

Die Baukosten dieses ersten Linienschiffskreuzers stehen nicht hinter jenen für die neuen Linienschiffe der Nassauklasse zurück. Hier werden sie bei der Ablieferung 36,650,000 Mark, dort 36,769,000 Mark betragen, mithin besteht gegenwärtig beim Bau der Linienschiffe und Panzerkreuzer nur ein Unterschied von 100,000 Mark. Von den 36,660,000 Mark entfallen auf die Fertigstellung des Schiffskörpers 26 Millionen; mit 10 Millionen Mark ist die artilleristische Armierung und mit 660,000 Mark die Torpedoarmierung veranschlagt, welche die Marineverwaltung in ihren eigenen Betrieben in Friedrichsort fertigstellen wird.

⊙ **„Elektra" in Wien.** Als Tag der ersten Aufführung der „Elektra" von Richard Strauß in der Wiener Hofoper wird jetzt, wie unser Korrespondent telegraphiert, der 25. März, der Feiertag Maria Verkündigung, angegeben. Die Proben unter Kapellmeister Reichenspergers Leitung sind bereits in vollem Gange.

*

Am 11. März hält Dr. Leopold Schmidt im Klindworth-Scharwenka-Saal einen Vortrag über Strauß' „Elektra".

⊖ **Sarah Bernhardts neuester Streich.** Die „Göttliche" wird mit zunehmenden Alter immer — mutiger. Nachdem sie schon den Herzog von Reichstadt, den Hamlet und noch ein paar andere Hosenrollen gespielt hat, will sie nun gar, wie unser Pariser Korrespondent telegraphiert, im April dieses Jahres den Cyrano von Bergerac in Rostands Dichtung spielen. Nach Coquelins Tode muß zwar der Cyrano neu geschaffen werden; es mag aber dahingestellt bleiben, ob gerade die Gräfin Sarah Bernhardt der geeignete Darsteller für den Cascogner — Kadetten ist.

Theaterchronik. Jean Nadolovitch ist auf weitere drei Jahre für die Komische Oper verpflichtet worden.

Der Hofschauspieler Wilhelm Mickler in Darmstadt ist, wie telegraphiert wird, gestern abend von einem Schlaganfall getroffen worden und gestorben. Mickler war am 21. September 1853 in Berlin geboren.

Rosa Bertens tritt nur noch an drei Abenden im Neuen Theater in „Die fremde Frau" auf. Verhandlungen, die bis zum letzten Augenblick gepflogen wurden, um die bereits seit längerer Zeit abgeschlossenen auswärtigen Gastspiele der Künstlerin zu lösen und das Auftreten im Neuen Theater zu verlängern, sind resultatlos geblieben.

Fräulein Else Wichgraf, eine Schülerin von Frau Mallinger, wurde auf fünf Jahre an das königliche Opernhaus engagiert.

München ohne die Italiener. Die große Mehrheit der venezianischen sowie zahlreiche andere italienische Künstler beschlossen einem Privattelegramm zufolge, in München diesmal nicht auszustellen. Der Grund für die Enthaltung ist die Absicht, gegen die Indolenz der italienischen Regierung zu protestieren, die im Gegensatze zu anderen Regierungen sich in keiner Weise um eine tüchtige Vertretung der italienischen Kunst im Auslande kümmere und dulde, ja sogar verschulde, daß vorwiegend italienische Künstler untergeordneten Ranges ausstellen, die ersten Künstler aber durch Abwesenheit glänzen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Zum Nachfolger des Professors Pfeiffer auf dem Lehrstuhl der Hygiene an der Universität Königsberg i. Pr. ist der außerordentliche Professor und Vorsteher des bakteriologischen Laboratoriums des hygienischen Instituts in Bonn, Dr. med. Walter Kruse berufen worden.

Der „Hermann Bahr-Preis".

∞ Im Märzheft der „Neuen Rundschau", das soeben erschienen ist, verspottet Hermann Bahr mit gutem Verstand unsere „Preise", vom Nobel-Preis bis herunter zu all den anderen Preisen, die heutzutage verliehen werden.

Er meint darüber: „Alle diese Preise haben das gemein, daß man sie kriegt, wenn man sie nicht mehr braucht. Dafür können die Richter nichts, es liegt an den Stiftern, die alle den Künstler dadurch zu ermutigen meinen, daß sie ihm am Ende der Bahn mit dem goldenen Kranz winken. Am Ende der Bahn: denn nur das beste Werk soll immer gekrönt werden. In allen solchen Stiftungen heißt es: das relativ beste Werk. Es soll also einer ausgezeichnet werden, der sich schon ausgezeichnet hat. . . . Einen Preis bekommt, was den Preisrichtern gefällt, ein Preisrichter wird, wer mit den Gebildeten einig ist, dafür gefällt den Preisrichtern, was den Gebildeten gefällt, und den Preis bekommt, was nach dem Urteil von fünf auserwählten Kennern den Gebildeten in den letzten drei, fünf, zehn Jahren am besten gefallen hat. Ein Preisgericht ist die Schlußrechnung, die der Geschmack der Gebildeten von Zeit zu Zeit macht. Nur erwarten die Gebildeten heute dies gar nicht erst, sondern rechnen vorher schon selbst unmittelbar ab, indem sie Stücken zuklatschen oder Bücher ankaufen, die nach ihrem Geschmack sind, lange bevor das Preisgericht spricht. Das Preisgericht sagt dann bloß Amen. Einen Preis bekommt, wer schon so stark auf das Publikum gewirkt hat, daß am Ende sogar die Preisrichter davon hören. Ein Preis ist eine Belohnung für den Erfolg, den man gehabt hat. Wie soll es auch anders sein? Ein „großes" Werk kann der Preis nicht treffen. Groß ist ein Werk, das die Kraft hat, den Geschmack zu verändern. Wie kann das einer erkennen, der selbst noch im unveränderten Geschmack steckt? Und nur der wird doch zum Preisrichter auserwählt, eben darum ja! Sein Amt ist, das zu hüten, was das zerstören das Amt des großen Künstlers ist. Sein Amt ist, besseres Publikum zu sein, ein Publikum nämlich, das Gründe für seinen Instinkt weiß. Und so bleibt's dabei, die Preise sind immer nur Belohnungen für den Erfolg. Hat man diesen erst, so kann's an jenen nicht fehlen. Hat man diesen nicht, wie will man zu jenen kommen? Was aber ist ein Erfolg? Für ein Buch: zwanzig Auflagen; für ein Stück: fünfzig Aufführungen, in den großen Städten. Kaufmännisch ausgedrückt: sechzigtausend Mark, mindestens. Und was trägt ein Preis ein? Tausend Mark, dreitausend, und wenn's einmal hoch geht, fünftausend. Einen Preis bekommen heißt eigentlich also nur, daß jemand aus Anerkennung dafür, daß er sich schon sechzigtausend Mark verdient hat, nun noch eine Prämie von dreitausend dazu kriegt."

Um diesen Mißständen abzuhelfen, gibt es jetzt also einen Hermann Bahr-Preis, für den Bahr folgende Statuten erfunden hat: „Der Hermann Bahr-Preis wird alle fünf Jahre, und zwar abwechselnd immer einmal einem Dichter, das nächste Mal einem Maler, das dritte Mal einem Musiker, für jenes Werk verliehen, das in der seit dem letzten Male verflossenen Zeit, bei unzweifelhaft künstlerischem Wesen, nachweisbar den größten Mißerfolg errungen hat. Nachzuweisen hat der Bewerber den Mißerfolg vor einem Notar. Dazu genügt Zischen, Lärm, Stampfen noch keineswegs allein, sondern es wird ausdrücklich verlangt, daß der Bewerber auch die Bestätigung des Mißerfolges durch die fahrende Kritik beizubringen hat. Was aber die Forderung seiner unzweifelhaft künstlerischen Begabung betrifft, so ist hierfür das Gutachten, in Oesterreich der kaiserlich königlichen Akademie der Wissenschaften, im deutschen Reiche der Berliner Germanisten (unter welchen Scherer-Schüler, solange es noch solche gibt, den Vorzug haben sollen), einzuholen, denen das Werk mit der Frage vorzulegen ist, ob sich in diesem durch Publikum und Presse hinlänglich gerichteten Elaborat eines irregeleiteten Künstlers nun dennoch etwa zuweilen Spuren einer gewissen technischen Gewandtheit oder Fertigkeit zeigen. Im Beispiele zu geben: Wagner hätte noch nach dem Ring Anspruch auf den Hermann Bahr-Preis gehabt. Hauptmann nach dem Friedensfest und wieder nach dem Kramer und wieder nach dem Kaiser Karl, Klimt nach der Philosophie und nach der Medizin, Manet, Rodin, Munch, Pfitzner und Eulenberg immer. In manchen Fällen wird der Hermann Bahr-Preis ein Vorpreis zum Schiller- und Grillparzer-Preis sein, indem er die Kandidaten dieser Preise vor dem Verhungern solange schützt, bis ihnen mittlerweile (wenn sie so klug sind, stehen zu bleiben) das Publikum langsam nachkommt. Und man wird wenigstens schon bei Lebzeiten wissen, wem in hundert Jahren der Enkel ein Denkmal setzt.

Alles ist vorbereitet, es fehlt nichts als das Geld. Doch macht mir dies gar keine Sorge. Denn ich muß nur mein System umwenden, ich muß nur in den nächsten Jahren um eben das, was ich bisher mehr gebraucht als verdient habe, künftig weniger brauchen als ich verdiene, so geht's."